

## NACHRICHTEN

**Aufenthaltserlaubnis für 150 000**

MADRID: Spanien erteilt in einem Ausnahmeverfahren mehr als 150 000 illegalen Einwanderern befristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen. Bei dem im März eröffneten Verfahren zur «Regularisierung» beantragten insgesamt 210 000 Ausländer die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen. Dies sind mehr als doppelt so viele, wie die Regierung in Madrid erwartet hatte. Die Frist für die Antragsstellung lief am Montag ab. Nach der Sonderregelung erhalten nur solche Ausländer eine Aufenthaltsgenehmigung, die nachweisen können, dass sie wenigstens seit Juni 1999 in Spanien leben.

Die meisten Antragsteller stammten nach Angaben der Behörden aus Marokko, Ecuador, Kolumbien, China und Rumänien. Ausländer, deren Anträge abgelehnt werden, müssen abwarten, welche Bestimmungen im geplanten neuen Ausländergesetz vorgesehen sind. In Spanien leben gut 800 000 Ausländer. Dies entspricht bei einer Einwohnerzahl von 40 Millionen einem Anteil von zwei Prozent. Spanien hat damit eine der niedrigsten Ausländerquoten in der Europäischen Union. Allerdings nimmt die Zahl der Ausländer rascher zu als in anderen EU-Staaten. Das Sozialministerium erwartet, dass die Ausländerzahl in fünf Jahren auf zwei Millionen steigt. Dies entspräche einer Quote von fünf Prozent.

**Mehr Selbstverwaltung für die Tamilen**

COLOMBO: Das srilankische Kabinett hat am Montag einer Verfassungsnovelle zugestimmt, die den Tamilen mehr Selbstverwaltung geben soll. Das Parlament wird sich am Donnerstag auf einer Sondersitzung mit der Grundgesetzänderung befassen. Letztendlich soll die Bevölkerung dann direkt entscheiden. Präsidentin Chandrika Kumaratunga will mit der Reform ihr Wahlversprechen erfüllen, den Unabhängigkeitskrieg der Tamilen mit friedlichen Mitteln zu beenden. Ihre Gegner, die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), lehnen die Novelle als unzureichend ab. Im Krieg sind seit 1983 über 60 000 Menschen getötet worden. Um die Verfassung reformieren zu können, braucht die Regierung im Parlament eine Zweidrittelmehrheit. Derzeit laufen Verhandlungen mit der Opposition aus Vereingter Nationalpartei der Singhalesen und kleineren Tamilen-Parteien. Selbst wenn das Parlament als eine seiner letzten Amtshandlungen vor dem Ende der sechsjährigen Legislaturperiode am 24. August die Verfassung ändert, bliebe dies ohne Zustimmung der LTTE ohne praktische Auswirkungen.

**Unicef warnt vor Kinder-Handel**

BERLIN: Das UNO-Kinderhilfswerk Unicef hat vor einer wachsenden Kommerzialisierung und vor kriminellen Praktiken bei der Vermittlung von Babys aus der Dritten Welt in Industrieländer gewarnt. Zwischen 1993 und 1997 sei die Zahl der registrierten Auslands-Adoptionen in sieben Industrieländern von rund 16 000 auf mehr als 23 000 gestiegen, berichteten Unicef-Vertreter am Montag in Berlin. Die tatsächliche Zahl sei bedeutend höher. Allein in dem kleinen mittelamerikanischen Land Guatemala seien 1999 rund 1600 Neugeborene und Kleinkinder ins Ausland vermittelt worden – vor allem in die USA. Dies seien 98 Prozent aller Adoptionen in Guatemala gewesen. Damit sei Guatemala nach den bevölkerungsstarken Ländern Russland, China und Südkorea der viertgrößte «Baby-Exporteur».

90 Prozent der Kinder seien unter 18 Monate alt gewesen. Nur ein Prozent dieser Kinder habe bei der leiblichen Mutter gelebt. Die meisten seien in privaten Haushalten untergebracht gewesen, die eng mit den vermittelnden Rechtsanwälten zusammengearbeitet hätten.

Mittelsmänner suchten in Guatemala gezielt nach schwangeren Frauen und überredeten sie, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Die Mütter würden mit Beträgen bis bis zu 600 Dollar geködert. Das Geschäft mit der Auslands-Adoption sei besonders für rund 200 guatemalteke Rechtsanwältinnen lukrativ: Sie kassierten von den zukünftigen Eltern rund 15 000 Dollar für eine Vermittlung, weitere 4000 Dollar gingen an die Agentur. Die wachsende Nachfrage aus Industrieländern nach Babys, unzureichende Gesetze, fehlende staatliche Kontrollen sowie die Vermittlung über das Internet hätten in einigen Entwicklungsländern und in Staaten Osteuropas geradezu ein «Adoptiv-Business» entstehen lassen.

# Der ewige Verlierer ...

Katsav neuer israelischer Staatspräsident - Friedensvisionär Peres bleibt der ewige Verlierer

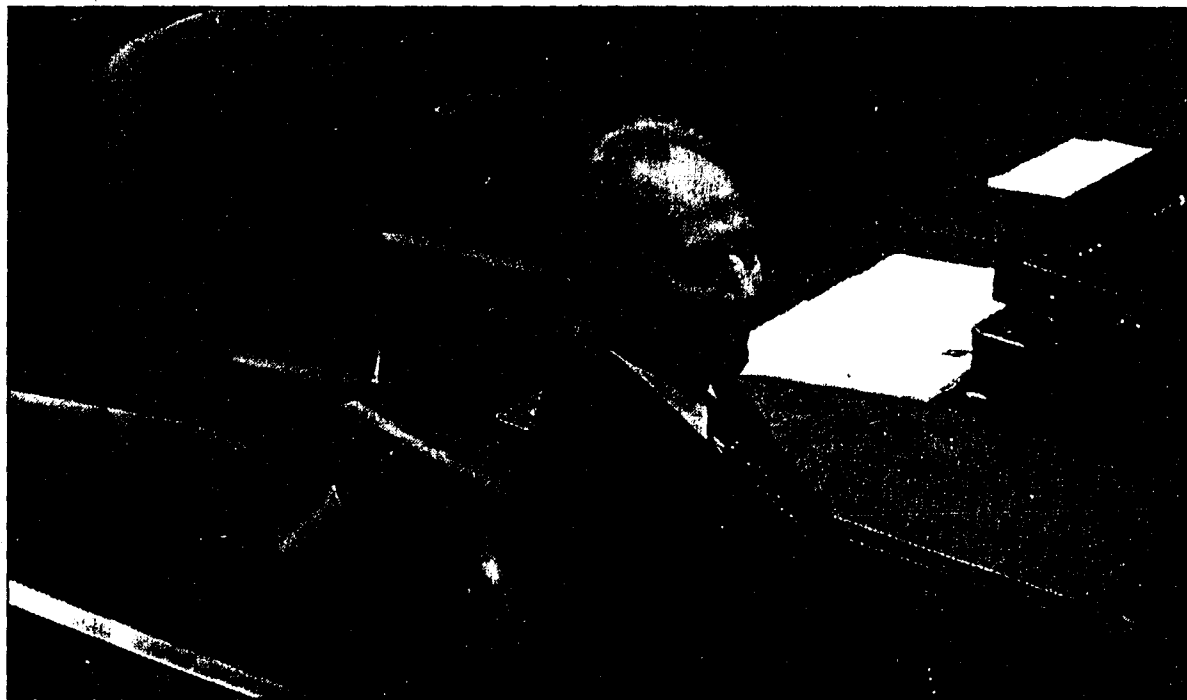
**JERUSALEM: Die Wahl sollte zur Krönung seiner grossen politischen Karriere werden. Doch am Ende wurde der 76-jährige Friedensnobelpreisträger Schimon Peres, der weltweit geehrte und verehrte israelische Staatsmann, zur tragischen Figur.**

Der politisch brillante ehemalige Ministerpräsident besitzt mehr internationales Prestige als jeder andere noch lebende Politiker seines Landes. Doch mit seiner Niederlage bei der Wahl zum israelischen Staatspräsidenten bewies sich, was Zyniker schon seit Jahren über Peres zu sagen pflegten: «Schimon Peres verliert selbst dann eine Wahl, wenn er gegen sich selbst antritt.» In seiner mehr als 50-jährigen politischen Karriere Israels hat Schimon Peres, der am 15. August 1923 als Schimon Persky in Ostpolen geboren wurde, praktisch alle Wahlen verloren, auch wenn er oft als haushoher Favorit angetreten war.

**Vom Hirten zum Premier**

1934 nach Palästina ausgewandert, begann Peres seine «Karriere» als Hirte in einem Kibbuz, wurde Gewerkschaftssekretär und Assistent von Staatsgründer David Ben-Gurion, bevor er seine Laufbahn mit dem Posten im Verteidigungsministerium fortsetzte. Unter Golda Meir diente er 1969 als Verkehrsminister und unter Izzak Rabin 1974 als Verteidigungsminister.

1977 wurde er zum ersten Mal



Geplatzt Traum: Israels Schimon Peres, Nobelpreisträger, gerät zur tragischen Figur ...

dessen Nachfolger als Ministerpräsident, behielt dieses Amt jedoch nur 40 Tage, weil er im selben Jahr die sichere Wahl verlor. Mit dieser Niederlage begründete er seinen Ruf als «ewiger Verlierer».

Peres verlor auch die Wahlen von 1981, und obwohl seine Partei aus den Wahlen 1984 als stärkste Fraktion hervorging, war er gezwungen, mit dem Likud-Block unter Izzak Schamir eine grosse Koalition einzugehen.

**Architekt der Friedenspolitik**

1992, nach dem Wahlsieg der Arbeitspartei unter Rabin, beendete Peres seinen mit harten Bandagen

und Intrigen geführten parteiinternen Kampf mit Rabin und entwickelte mit ihm die neue Nahost-Friedenspolitik. Sie führte zum Abschluss der ersten Autonomieabkommen mit den Palästinensern und zum Frieden mit Jordanien.

Im Oktober 1994 erhielt er zusammen mit Rabin und Jassir Arafat dafür den Friedensnobelpreis. Nach Rabins Ermordung 1995 übernahm Peres erneut das Amt des Premiers. Doch erlitt er sechs Monate später eine neue Wahlschlappe, dieses Mal gegen Benjamin Netanyahu. Ein Jahr später verlor er auch den Vorsitz der Arbeitspartei an Barak.

Peres, der am Sonntag siegesicher bereits sein Amt als Minister für regionale Zusammenarbeit niedergelegt hatte, wurde nach Meinung politischer Beobachter letztlich ein Opfer des brutalen Machtkampfes in Jerusalem, in dem die alten politischen Wertvorstellungen kaum noch Platz haben.

Doch in Israel vergisst niemand jene Anekdote, die man seit Jahren von Peres erzählt. Vor einer Parteiversammlung stellte dieser eines Tages die rhetorische Frage: «Die Leute sagen, ich sei ein Verlierer. Bin ich ein Verlierer?» Aus dem Saal kam spontan die unerwünschte Antwort: «Ja!»

## Zarte Annäherungen

Nord- und Südkorea: Verbindungsbüros werden wieder geöffnet

SEOUL: Süd- und Nordkorea haben weitere Schritte zu einer Annäherung unternommen. Zum Abschluss dreitägiger Gespräche in Seoul vereinbarten hochrangige Delegationen beider Länder am Montag, die Verbindungsbüros an der Demarkationslinie wieder zu eröffnen und weitere Friedensgespräche zu führen.

Während einer «Woche der nationalen Versöhnung» wollen die beiden seit dem Korea-Krieg (1950-53) verfeindeten Staaten im August ihre Beziehungen weiter ausbauen. Schlüsseldatum ist der 15. August, der Jahrestag der Befreiung Koreas von der japanischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Den Gedenktag wollen Nord- und Südkorea in diesem Jahr mit gemeinsamen Feiern begehen. Auch die vor knapp vier Jahren geschlossenen Verbindungsbüros im Waffenstillstandsort Panmunjom sollen an diesem Tag wieder geöffnet werden. Nordkorea hatte sein Büro angesichts zunehmender Spannungen auf der koreanischen Halbinsel im November 1996 einseitig geschlossen.

**Eisenbahnverkehr soll wieder aufgenommen werden**

Ausserdem sollen vom 15. bis 18. August je 100 Nord- und Südkoreaner ihre Familien im Nachbarland besuchen dürfen. Mehr als sieben Millionen Südkoreaner haben Angehörige im Norden. Bisher waren Besuche offiziell verboten, nur im Jahr 1985 durften jeweils 50 Nord- und Südkoreaner ihre Verwandten auf der anderen Seite der Grenze besuchen.

Ferner einigten sich die beiden Koreas grundsätzlich auf die Wiederherstellung des Schienenverkehrs zwischen beiden Ländern. Die nächste Runde ranghoher Regierungsgespräche ist für den Zeitraum zwischen dem 29. und 31. Au-



Tauwetter auf der koreanischen Halbinsel: Shake Hands zwischen dem nordkoreanischen Kabinett-Chef Jon Kum Jin (links) und seinem südkoreanischen Amtskollegen Jae-Kyu.

gust in Pjöngjang vorgesehen. Ziel der Gespräche in Seoul war es, Absprachen zu konkretisieren, die beim ersten Gipfeltreffen der Präsidenten Nord- und Südkoreas, Kim Jong Il und Kim Dae Jung, im Juni in Pjöngjang getroffen worden waren. Der Gipfel gilt als bisher bedeutendster Durchbruch in den Bemühungen um Entspannung zwischen den beiden koreanischen Staaten.

Das kommunistische Nordkorea und das prowestlich orientierte Südkorea befinden sich seit dem Korea-Krieg offiziell noch immer im Kriegszustand, weil nur ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde.

**USA und Japan mahnen zu Vorsicht**

Südkoreas Präsident Kim Dae Jung begrüßte die Ergebnisse des jüngsten Ministertreffens in Seoul. «Die beiden Koreas sollten sich ihre Hand reichen, um die friedliche Ko-

Existenz und Vereinigung der koreanischen Halbinsel im 21. Jahrhundert zu erreichen», sagte er bei einem Höflichkeitsempfang für die fünfköpfige nordkoreanische Delegation im Präsidentenpalast.

Der Leiter der nordkoreanischen Delegation, Jon Kum Jin, erklärte, es habe bei dieser ersten Runde viele Übereinstimmungen gegeben. «Dies ist ein sehr guter Anfang», fügte er hinzu.

US-Aussenministerin Madeleine Albright sagte bei einem Treffen mit dem japanischen Ministerpräsidenten Yoshiro Mori in Tokio, Japan und die USA müssten gegenüber Nordkorea trotz der positiven Tendenzen wachsam bleiben. Die Bedrohung durch Raketen und Pjöngjangs mutmassliches Atomprogramm gäben weiter Anlass zu Besorgnis. Mori sagte seinerseits, die Beziehungen zu Nordkorea müssten sorgfältig geprüft werden.

## Chavéz im Amt bestätigt

CARACAS: In Venezuela ist der bisherige Präsident Hugo Chávez nach ersten amtlichen Ergebnissen bei den Wahlen vom Sonntag deutlich im Amt bestätigt worden. Chávez kam nach Angaben der Wahlbehörde CNE nach Auszählung von rund 77 Prozent der Stimmen auf eine deutliche absolute Mehrheit.

Sein stärkster Gegenkandidat Francisco Arias blieb klar hinter Chávez. Beim Stand der Auszählung von 77 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf Chávez 2,9 Millionen Stimmen, auf Arias 1,8 Millionen.

Für den früheren Bürgermeister der Hauptstadt Caracas, Claudio Fermin, hatten 143 600 Menschen ihre Stimme abgegeben, wie die Wahlbehörde am Sonntagabend (Ortszeit) weiter bekanntgab. Damit wird der seit 18 Monaten amtierende Chávez Venezuela weitere sechs Jahre regieren.

Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 57 Prozent. Neben der Präsidentschaftswahl hatten nach der Verfassungsreform von Anfang Jahr zugleich auch Parlaments-, Regional- und Bürgermeisterwahlen stattgefunden. Das von Chávez ursprünglich für den 28. Mai geplanten Wahlmarathon hatte das Oberste Gericht Venezuelas in letzter Minute ausgesetzt. Die Wahlsieger freuten sich riesig (Bild).

